

Fraktionserklärung

Thema	Regierungsrat Kägi setzt sich über die Atompolitik des Kantonsrates hinweg
Für Rückfragen	Benno Scherrer Moser, Tel +41 77 445 44 49 (Fraktionspräsident)
Absender	Grünliberale Partei Kanton Zürich zh@grunliberale.ch
Datum	1. Dezember 2014

Es ist noch keine drei Monate her, dass der Kantonsrat den regierungsrätlichen Energieplanungsbericht zurückgewiesen und eine Planung verlangt hat, die derjenigen des Bundes für einen schnelleren Ausstieg aus der Atomenergie entspricht. Doch den Zürcher Regierungsrat Kägi kümmert die Haltung der Mehrheit des Kantonsrates - der Vertretung der Zürcherinnen und Zürcher - wenig.

Er weigert sich nicht nur, den Aufforderungen des Parlaments nachzukommen und den Energieplanungsbericht anzupassen. Nein, er weibelt im regierungsrätlichen Sessionsbrief an unsere National- und Ständeräte für eine Verwässerung der Energiestrategie, die diese Woche in Bern debattiert wird.

Er wendet sich explizit gegen den Kompromiss der UREK-N-Mehrheit für ein Langzeitbetriebskonzept von Kernkraftwerken, das bei den bestehenden Kernkraftwerken nicht einen konkreten Zeitpunkt für die Abschaltung, dafür aber eine steigende Sicherheit fordert. RR Kägi stellt sich damit auf die Position Profit vor Sicherheit und damit gegen den klaren Willen der Aufsichtsbehörde ENSI. Wir fragen uns, ob er damit die Meinung des Regierungsrates vertritt oder nur seine eigene Meinung resp. die Position der AXPO.

Nicht zuletzt wurde gerade auch diese Woche wieder publik, dass die Entsorgungskosten der Atomkraftwerke bei weitem nicht gedeckt sind, so dass sich sogar die Eidgenössische Finanzkontrolle veranlasst sah einen kritischen Bericht zu diesen Stilllegungs- und Entsorgungsfonds zu publizieren.

Wir Grünliberale haben schon mehrfach auf dieses Klumpenrisiko auch für die Steuerzahler im Kanton Zürich hingewiesen - aber kein Gehör gefunden.

Weiter lehnt der Regierungsrat in seinem Sessionsbrief eine sinnvolle Staffelung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Investitionen in Um- und Ersatzneubauten ab. Mit diesen Änderungen soll ein Anreiz geschaffen werden, dass vermehrt Gesamtsanierungen anstelle von über die Jahre hinweg verteilten Einzelmassnahmen realisiert werden. Statt Subventionen, Abzügen und Gesetzgebung gäbe es ja auch unser Konzept von Energie- statt Mehrwertsteuer, das in Bern abgelehnt wurde - und wohl auch vom Regierungsrat nicht unterstützt wird - leider.

Die Grünliberalen sind zutiefst enttäuscht von der Regierung und vom Energiedirektor, der die Haltung des Kantonsrates insbesondere zur Atomstrategie klar missachtet.